Vorbemerkung der Redaktion

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **35 (1956)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-336897

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

reich gezeigt haben. Die freiheitliche deutsche Arbeiterbewegung, verkörpert in der SPD, hat sich von der ersten Zeit ihrer neuen politischen Betätigung nach dem Ende des Hitlerstaates an leidenschaftlich und erfolgreich gegen jede Gemeinsamkeit mit dem totalitären Kommunismus gewehrt, und sie wird in diesem Kampfe nicht nachlassen.

Soziale Gerechtigkeit, soweit menschliche Anstrengung sie überhaupt nur erreichen kann, und eine vom Verantwortungsbewußtsein für das Ganze getragene persönliche Freiheit sind auch die unerläßlichen Grundlagen jeder Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege, auf die auch jede vernünftige internationale Entspannungs- und Friedenspolitik niemals wird verzichten können. Ohne jede Voraussetzungen würde das deutsche Streben nach staatlicher Einheit auch viel von seiner inneren Berechtigung einbüßen und an Glaubwürdigkeit verlieren. Daß der Wille der großen Mächte des Westens ebenso wie der der Sowjetunion zu dieser deutschen Anstrengung hinzukommen muß, wenn die Wiedervereinigung Deutschland gelingen soll, ist selbstverständlich.

Bonn, den 24. Januar 1956

Redaktion: Dieser Artikel ist für die kleine, aber gute sozialdemokratische Zeitschrift der welschen Schweiz «Le socialisme démocratique» geschrieben worden. Diese Zeitschrift hat uns ermächtigt, den deutschen Originaltext in der «Roten Revue» zu publizieren.

Vorbemerkung der Redaktion

Wir veröffentlichen in der heutigen Nummer unserer Zeitschrift zwei Aufsätze, die sich mit der gegenwärtigen Lage im internationalen Finanz- und Geldwesen befassen. Von verschiedenen Gesichtspunkten kommen beide Verfasser zu einer scharfen Kritik an der Investierungs- und Währungspolitik der beiden größten Weltmächte, vor allem aber Amerikas. Der Sozialphysiker *Adrien Turel* zieht originelle Vergleiche zwischen der Investitionspolitik, wie sie um 1880 praktiziert wurde und wie sie heute üblich ist, und stellt dabei einen geradezu revolutionären Wandel fest. Der liberale Bankier Prof. *Felix Somary*, Leiter des Zürcher Bankhauses Blankart & Cie., teilt in keiner Weise den weitverbreiteten Optimismus über die Dauerhaftigkeit der heutigen Wirtschaftskonjunktur. Er geht in seinen Ausführungen, die mit wenigen Kürzungen einem Referat entsprechen, das er am 9. April dieses Jahres vor den Professoren der Harvard-Universität (USA) gehalten hat, mit der amerikanischen Inflationspolitik ernstlich ins Gericht und betrachtet die Krise als unvermeidlich, wenn nicht ganz bestimmte Bedingungen erfüllt werden.

Wenn wir die beiden Artikel publizieren, ohne uns etwa mit den darin enthaltenen Ansichten identifizieren zu wollen, so geschieht das im Sinne einer interessanten Meinungsäußerung zweier prominenter Persönlichkeiten, die Beachtung verdienen. Sie vertreten zum Teil ganz gegensätzliche Gedanken, und ihre Ansichten werden wahrscheinlich auch in unseren Reihen auf lebhaften Widerspruch stoßen. Aber wir sind der Meinung, daß es immer wertvoll ist, die Auffassungen geistvoller und sachkundiger Autoren kennenzulernen, auch wenn sie nicht durchweg unseren Anschauungen entsprechen. Besonders bemerkenswert scheint uns die Kritik eines angesehenen schweizerischen Ban-

kiers an der Finanzpolitik eines so ausgesprochen kapitalistischen Staates wie der USA zu sein.

Wir hegen die Hoffnung, daß die beiden Artikel von Adrien Turel und Professor Somary zum Nachdenken auch in unseren Kreisen Veranlassung geben und vielleicht gerade aus dem Widerspruch heraus sich eine anregende Diskussion über die hier aufgeworfenen Fragen in unserer Zeitschrift entwickelt. *Die Redaktion*

FELIX SOMARY

Gehören Krisen der Vergangenheit an?

Im Sommer 1955 hat die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» die Frage erörtert, ob sich eine Krise wie die von 1930 wiederholen könnte, und schien sie zu verneinen. Ich habe damals einem Herausgeber des Blattes gegenüber in einem kurzen Privatbrief die Frage entschieden bejaht. Die Veröffentlichung dieses Schreibens veranlaßte eine Sturmflut von Entgegnungen. Den vielfachen Aufforderungen an mich zur öffentlichen Äußerung verhielt ich mich ablehnend, da ich von offiziellen Stellen dringend ersucht wurde, still zu bleiben, um nicht das Vertrauen zu erschüttern. Vor drei Jahrzehnten habe ich ähnliche Mahnungen unbeachtet gelassen. Diesmal wollte ich vorsichtiger vorgehen und dem Rat des Prince de Ligne folgen, der als der weiseste Mann des 18. Jahrhunderts galt: Wer eine Krise kommen sieht, schweige.

Die Änderung meiner Haltung hatte nicht ihren Grund in höherem Alter oder zunehmender Feigheit; auch nicht darin, daß ich den Preis der Aufrichtigkeit kennengelernt habe – man macht sich mit Krisenwarnung 80 von 100 zu Feinden, deren Interesse oder Ruhe gestört werden, und hat man gar recht behalten, auch noch die restlichen 20. Aber ich wollte der sehr dunklen außenpolitischen Situation Rechnung tragen. Darum verhielt ich mich still, zur Enttäuschung vieler.

Da kam im Dezember 1955 an markanter Stelle der «New York Times» eine Art Manifest von Sumner Slichter, in dem es wörtlich hieß:

The days, when this country can experience anything wore then moderate or possibly mild depressions are gone forever.

Ich hatte es selber nicht gelesen, aber von allen möglichen Seiten aus Amerika wurde ich darauf aufmerksam gemacht, teils in fragendem und teils in höhnischem Tone. Auf eine Erklärung von solcher Tragweite mußte geantwortet werden.

Welche Konsequenzen auch eine Krisenwarnung haben mag, sie scheinen mir gering gegenüber der ungeheuren Gefahr einer trügerischen Sicherheit. Ich habe mich darum entschlossen, mich über alle Abmahnungen hinwegzusetzen und hier an der Hochburg der amerikanischen Wissenschaft die Frage zu klären: